

RALF MEINDL

## PERSÖNLICHES LEHEN ODER NEULAND IM OSTEN?

### ZICHENAU IN DER POLITIK DES OSTPREUßISCHEN GAULEITERS ERICH KOCH

#### Einführung

Der Regierungsbezirk Zichenau stellt ein hervorragendes Beispiel für die Machtmechanismen des Nationalsozialismus dar, an dem sich das Zusammenwirken systemischer Komponenten und persönlicher Eigenschaften besonders eindrucksvoll aufzeigen lassen. Zentrales Objekt dieser Betrachtung ist der ostpreußische Gauleiter und Oberpräsident Erich Koch, der in der Rückschau als einer der mächtigsten, skrupellosesten und grausamsten Paladine Adolf Hitlers gilt. Sein Territorium als Gauleiter und Oberpräsident von Ostpreußen, als Chef der Zivilverwaltung in Bialystok (Białystok) und als Reichskommissar für die Ukraine reichte von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Niemand anderem in der NS-Hierarchie wurde ein geografisch so großer und sowohl ideologisch wie kriegswirtschaftlich wichtiger Herrschaftsbereich übertragen. Kochs Politik in Zichenau steht bis heute im Schatten seiner anderen Machtbereiche und wurde bisher wenig beachtet. Sie bildete aber eine wichtige Zwischenstufe auf dem Weg Kochs zum Zenit seiner Macht und veranschaulicht in besonderer Weise zum einen, wie Koch die Mechanismen des Nationalsozialismus zu seinem Vorteil ausnutzte, zum anderen aber auch, wie Koch seine eigenen Positionen immer stärker veränderte, um eben diese Mechanismen überhaupt erst nutzen zu können.

Koch hatte sich seine Machtposition mit viel politischem Instinkt und Flexibilität, mit großem Durchsetzungsvermögen und ebenso großer Rücksichtslosigkeit, aber auch durch geschickte Ausnutzung der jeweiligen Situation sowie seiner Netzwerke in der NSDAP und in ihrem Umfeld über lange Zeit gegen viele Widerstände erarbeitet. Vor allem aber hatte er es nicht erst in Zichenau, sondern während seiner gesamten

politischen Karriere verstanden, die Machtmechanismen des Nationalsozialismus für sich auszunutzen. Er kann in dieser Hinsicht als prototypischer Funktionär der „zweiten Reihe“ des Nationalsozialismus gesehen werden, als, um mit Ian Kershaws bestechender Analyse zu sprechen, herausragendes Beispiel für einen „Entgegenarbeiter des Führers“.<sup>1</sup>

Zwischen 1933 und 1945 stand Koch auf einer Stufe mit den mächtigsten seiner Gauleiter-Kollegen, den Reichsministern und den Spitzenmilitärs. Größere Bedeutung kam nur einer kleinen Gruppe enger Vertrauter Hitlers zu, der Göring, Goebbels, Heß, Bormann und schließlich auch Himmler angehörten.<sup>2</sup> Da Kochs Herrschaft in Zichenau aus dieser sukzessive aufgebauten Position in der Spitze des Hitler-Staates resultierte und von seinen Erfahrungen und Planungen geprägt wurde, ist es notwendig, sich intensiver mit dem politischen Lebensweg dieser Person vor 1939 zu befassen.



Abb. 1: Erich Koch (1896–1986)

---

<sup>1</sup> Vgl. IAN KERSHAW, *Hitler 1889–1936*, aus dem Englischen übers. v. JÜRGEN P. KRAUSE / JÖRG RADEMACHER, Stuttgart 1998, S. 634, 666 f.

<sup>2</sup> Vgl. RALF MEINDL, *Ostpreußens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie*, Osnabrück 2007.

## Der Weg zur Macht

Am Beginn seiner Karriere deutete wenig darauf hin, dass Koch 20 Jahre später im engeren Umfeld Hitlers geradezu als Prototyp des rassistischen, einzig auf Unterdrückung setzenden Besatzungspolitikers gelten würde. Er war zwar ein „Alter Kämpfer“ der NSDAP, der schon 1921 in die Partei eingetreten war, und viele Grundelemente seiner Weltanschauung waren typisch für diese Generation der Nationalsozialisten. Mit Hitler und den anderen führenden NS-Funktionären verbanden ihn die Prägung durch den Ersten Weltkrieg, der Antisemitismus und der Traum von einer deutsch-völkisch geprägten Volksgemeinschaft, für die, wohl auch aus propagandistischen Überlegungen heraus, der Begriff „nationaler Sozialismus“ benutzt wurde. Koch ging aber auch in vielen ideologischen Vorstellungen nicht mit Hitler konform, insbesondere zeigte sich das bei seinen Ansichten zur Rassenlehre. Er gehörte vielmehr zum „Straßer-Flügel“ der NSDAP, der eher sozialrevolutionäre Thesen verbreitete und sogar einer Kooperation mit der Sowjetunion zuneigte, also mit Personen, die aus Hitlers Sicht als „judäobolschewistische Untermenschen“ galten. Hitler musste solche ideologischen Abweichungen in der Frühzeit der „Bewegung“ allerdings dulden, da ihm zunächst sowohl die innerparteiliche Macht als auch das alternative Personal fehlte, um die Partei von Funktionären wie Gregor Straßer, Erich Koch und zeitweise auch Joseph Goebbels zu säubern.<sup>3</sup>

Gerade im Falle Kochs zeigt sich jedoch, dass diese – unfreiwillige – ideologische Offenheit der NSDAP einen großen Vorteil für den Erfolg der Partei barg. Regionale Parteiführer wie Koch konnten ihre Agitation auf regionale Gegebenheiten und Befindlichkeiten abstimmen und so besser auf die Erwartungen ihres Wählerklientels eingehen.<sup>4</sup> Für Kochs Erfolg war dies sehr wichtig. Er stammte aus dem nationalprotestantischen Milieu Elberfelds, heute ein Stadtteil Wuppertals. Die Stadt war eine frühe Hochburg der NSDAP, in der sich zeitweise die Zentrale des „Großgaus Ruhr“ befand. Hier begannen einige herausragende NS-Führer ihre Laufbahn, darunter auch Joseph Goebbels, der spätere Hamburger Gauleiter Karl Kaufmann, der Gauleiter von Essen und Reichskommis-

---

<sup>3</sup> UDO KISSENKOETTER, *Gregor Straßer und die NSDAP*, Stuttgart 1978; REINHARD KÜHN, *die nationalsozialistische Linke 1925–1930*, Meisenheim am Glan 1966.

<sup>4</sup> Vgl. HEINZ-JÜRGEN PRIAMUS, *Regionale Aspekte in der Politik des nordwestfälischen Gauleiters Alfred Meyer*, in: *Nationalsozialismus in der Region*, hg. v. HORST MÖLLER u. a., Oldenburg 1996, S. 175–195.

sar für Norwegen Josef Terboven oder der Nachfolger Röhms als SA-Führer, Viktor Lutze. Koch war ein wichtiges Mitglied dieser Gruppe und spielte beim Aufbau der NSDAP im „roten“ Industriegebiet eine bedeutende Rolle. Mitte der 1920er Jahre war er als Bezirksführer Bergisch-Land sehr erfolgreich – auch weil es ihm gelang, die dortigen Arbeiter anzusprechen. Er scheiterte 1928 aber damit, in den ständigen Machtkämpfen selbst die Gauleitung zu übernehmen und musste seine Heimatregion deshalb verlassen.<sup>5</sup> Seine politische Karriere hätte damit beendet sein können. Die Personalnot der NSDAP und der desolate Zustand ihrer ostpreußischen Regionalorganisation eröffneten Koch gleichwohl eine zweite Chance, in die NS-Spitze aufzusteigen.

Ostpreußen war eine konservative Provinz, der nach dem Ersten Weltkrieg nicht nur ihre strukturellen Defizite Probleme bereiteten. Der mit Abstand bedeutendste Wirtschaftszweig, die Landwirtschaft, kriselte seit langem, die Infrastruktur war unzureichend, ein innovatives Milieu fehlte sowohl in der Wirtschaft als auch in der ausgesprochen konservativen Gesellschaft. Hinzu kam, dass Russland als verlässlicher Handelspartner ausfiel und durch den andauernden polnisch-litauischen Konflikt die Memelschiffahrt und der Holzhandel zum Erliegen kamen. Durch die Wiedergründung Polens am Ende des Ersten Weltkrieges gehörten viele Absatzmärkte der ostpreußischen Wirtschaft im ehemaligen Westpreußen und in der Region um Posen jetzt zu Polen und waren dementsprechend Teil eines neuen Wirtschaftskreislaufs. Die Transporte ostpreußischer Waren zu neuen Absatzmärkten in Berlin, Schlesien und sogar im Ruhrgebiet waren lang und teuer, hinzu kamen die aus dem Transit durch Polen resultierenden Schwierigkeiten wie zusätzliche Gebühren oder verzögerte Transporte.<sup>6</sup>

Ostpreußen wurde aufgrund dieser Konstellation zu einer Krisenprovinz, in der die meisten Menschen zum rechten politischen Spektrum

---

<sup>5</sup> ULRICH KLEIN, „Mekka des deutschen Sozialismus“ oder „Kloake der Bewegung“? Der Aufstieg der NSDAP in Wuppertal 1920 bis 1934, in: Über allem die Partei, hg. v. KLAUS GOEBEL, Oberhausen 1987, S. 105–149; WILFRIED BÖHNKE, Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920–1933, Bonn-Bad Godesberg 1974.

<sup>6</sup> ANDREAS KOSSERT, Ostpreußen. Geschichte und Mythos, München 2005, S. 232–273; DIETER HERTZ-EICHENRODE, Politik und Landwirtschaft in Ostpreußen 1919–1930. Untersuchungen eines Strukturproblems in der Weimarer Republik, Köln 1969; ANGELIKA FOX, Verwaltung und Politik. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, in: Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Teil 1, hg. v. WALTER ZIEGLER / SABINE REHM, München 1999, S. 146–180.

tendierten. Die zu Beginn der Weimarer Republik stärkste Partei, die rechtsgerichtete Deutschnationale Volkspartei, verstand es aber nicht, den Unmut der Wähler für sich zu kanalisieren, und verlor schon in der Mitte der 1920er Jahre ihre beherrschende Position. Der seit 1921 bestehenden ostpreußischen Gauorganisation der NSDAP gelang es jedoch vorläufig nicht, in dieses Vakuum zu stoßen, da die regionale Parteiorganisation zu zerstritten war und es nicht vermochte, effektiv um Anhänger zu werben. Noch Mitte 1928 war das Wahlergebnis der NSDAP nirgends so schlecht wie in Ostpreußen.<sup>7</sup>

In dieser Situation baten einige der wenigen aktiven ostpreußischen Parteifunktionäre den Parteiorganisationsleiter Gregor Straßer um einen erfahrenen und durchsetzungsstarken Gauleiter. Straßer schickte einen Gefolgsmann aus Elberfeld, der gerade einen neuen Tätigkeitsbereich suchte, Erich Koch.<sup>8</sup> Ihm gelang es tatsächlich in sehr kurzer Zeit, eine große, effektive und erfolgreiche Parteiorganisation aufzubauen, wobei ihm seine Erfahrungen aus dem Ruhrgebiet zugutekamen. Er wusste, wie Parteimitglieder gewonnen werden konnten und wie eine Partei organisiert und geführt werden musste. Seine persönliche Durchsetzungsfähigkeit und Rücksichtslosigkeit halfen ihm bei der Umsetzung. Kochs Partei erzielte bald an den Wahlurnen regelmäßig Rekordergebnisse – 1930 war Ostpreußen der erste Wahlkreis, in dem die NSDAP die relative Mehrheit der Stimmen erreichte, 1932 und 1933 erhielten die Nationalsozialisten nirgendwo einen so großen Stimmenanteil wie in Ostpreußen. Mit einem Wahlergebnis, das zehn Prozentpunkte über dem Reichsdurchschnitt lag, erreichte die NSDAP hier sogar die absolute Mehrheit – ein Ergebnis, das sie reichsweit weit verfehlte.<sup>9</sup>

An den Wahlurnen verzeichnete die ostpreußische NSDAP aus mehreren Gründen Erfolge: Sie war eine Mitgliederpartei, die, selbst in den kleinsten Dörfern der Provinz präsent, mit modernsten Methoden Wahlkampf machte – von der eigenen Tageszeitung bis hin zu Propagandatrupps der SA, die mit Lastwagen von Ort zu Ort gefahren wurden und dort mit ihren Aufmärschen das Bild einer modernen, dynamischen und

---

<sup>7</sup> BOHDAN KOZIELŁO-POKLEWSKI, *Narodowosocjalistyczna Niemiecka Partia Robotnicza w Prusach Wschodnich 1921–1931*, Olsztyn 1995; THOMAS MERGEL, *Parlamentarische Kultur in der Weimarer Republik*, Düsseldorf 2002, S. 383 f.

<sup>8</sup> BOHDAN KOZIELŁO-POKLEWSKI, *Aus den Forschungen über die territoriale Struktur der NSDAP in Ostpreußen in den Jahren 1921–1933*, in: *Polnische Weststudien* 4 (1985), 2, S. 275–280.

<sup>9</sup> JÜRGEN W. FALTER, *Hitlers Wähler*, München 1991, S. 67–80, 158–161.

omnipräsenten Partei vermittelten. Das unterschied die NSDAP von ihren Konkurrentinnen, die entweder als bürgerliche Honoratiorenparteien auf eine geringe Zahl ebenso angesehener wie wenig dynamischer Repräsentanten in den Städten bauten oder wie die Mitgliederparteien SPD und KPD aufgrund der Wirtschaftsstruktur nur in Königsberg und Elbing über größere Mitgliedsverbände verfügten. Außerdem wurden die Gegner der NSDAP mit äußerst brutalen Mitteln angegriffen, wobei es zu mehreren Toten kam.<sup>10</sup> Die ostpreußischen Wähler mussten also wissen, wem sie ihre Stimme gaben, offenbar wirkte die NSDAP aber auf einen hohen Anteil von ihnen sehr attraktiv.

Die Akzeptanz der NSDAP bis weit in die bürgerlichen und sogar aristokratischen Kreise hinein resultierte daraus, dass Gauleiter Koch einen Beraterkreis um sich geschart hatte, in dem sich einige konservative und sehr angesehene Intellektuelle wie der spätere Widerstandskämpfer Fritz-Dietloff von der Schulenburg, der spätere Rektor der Königsberger Universität Hans Bernhard von Grünberg und der spätere stellvertretende Oberpräsident Hermann Bethke zusammengefunden hatten. Wie viele Konservative glaubten sie, die NSDAP und ihren Gauleiter als Vehikel für ihre Pläne nutzen zu können.<sup>11</sup> Als „Umrahmungsstrategie“, mit der Hitler als Regierungschef eingehegt werden sollte, scheiterte diese Konzeption in Berlin; in Ostpreußen war sie jedoch in einem gewissen Maße sehr erfolgreich. Koch machte sich tatsächlich viele Vorstellungen seiner Berater zu eigen, da ihm das intellektuelle Format fehlte, um selbst politische Visionen auszuarbeiten, und er hier die Pläne zur Überwindung der aktuellen Probleme Ostpreußens fand, die er benötigte, um seine Partei als die politische Kraft der Zukunft präsentieren zu können. In dieser Phase übte er hier eher Pragmatismus als Opportunismus, denn viele Facetten der Neuordnungspläne seiner konservativen Berater, insbesondere die staatliche Lenkung der Wirtschaft, passten zum „nationalen Sozialismus“ des Straßer-Flügels der NSDAP. Das 1932 sogar als Buch erschienene Wirtschaftsprogramm der ostpreußischen NSDAP sah unter anderem vor, die Landwirtschaft vor marktwirtschaftlichen „Zumutungen“ wie Kreditvollstreckungen zu schützen,<sup>12</sup> womit er den Nerv eines Groß-

---

<sup>10</sup> RICHARD BESSEL, *Political Violence and the Rise of Nazism. The Storm Troopers in Eastern Germany 1925–1934*, New Haven / London 1984, S. 87–89.

<sup>11</sup> ULRICH HEINEMANN, *Ein konservativer Rebell. Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und der 20. Juli*, Berlin 1990, S. 24, 183.

<sup>12</sup> HERMANN BETHKE / HANS-BERNHARD VON GRÜNBERG, *Entschuldung und Neubau der deutschen Wirtschaft*, Berlin 1932.

teils der ostpreußischen Wähler traf. Mit ähnlichen Forderungen gelang es Koch, einige der wichtigsten politischen Institutionen Ostpreußens schon vor 1933 zu übernehmen, wobei er relativ unabhängig von der Parteizentrale agieren konnte, da er sich auf eigens gegründete Landwirtschaftsorganisationen stützte.<sup>13</sup> Hitlers Ernennung zum Reichskanzler erfolgte also zu einem Zeitpunkt, als Koch bereits begann, die Macht in der Provinz zu übernehmen.

In den Folgemonaten brachte Koch die Verwaltung Ostpreußens unter seine Kontrolle. Wer sich ihm fügte, konnte seine Karriereplanung weiterverfolgen. Gegner wurden hingegen mit brachialen Methoden aus ihren Ämtern gedrängt. Dabei wurden nicht nur die verschiedenen nationalsozialistischen Beamten- und Rassengesetze angewandt, sondern auch Intrigen und Schmutzkampagnen geführt. So verlor beispielsweise der während der Weimarer Republik im gesamten Deutschen Reich hoch angesehene Oberbürgermeister von Königsberg Lohmeyer schon im Frühjahr 1933 sein Amt aufgrund von Anschuldigungen, die sich später als haltlos erwiesen.<sup>14</sup> Oberpräsident Kutscher, ein Protegé Hindenburgs, musste im Juni 1933 gehen, weil der Gauleiter die Position des obersten Beamten der Provinz für sich beanspruchte. Koch setzte sich hier mit einer Mischung aus Intrigen hinter den Kulissen, wobei er bei seinen politischen Freunden Göring und Heß intervenierte, und einer sehr modernen Medienkampagne gegen den Reichspräsidenten durch.<sup>15</sup>

Die Spitzen der ostpreußischen Verwaltung waren bereits seit Mitte 1933 unter Kochs Kontrolle, an der Loyalität der anderen Stufen wurde während der gesamten nationalsozialistischen Herrschaft gearbeitet. Koch gelang es dabei wie keinem anderen Gauleiter, die Personalpolitik des Innenministeriums durch Personalunionen zwischen Kreisleitern und Landräten auszuhebeln.<sup>16</sup> Als Gauleiter und Oberpräsident war Koch damit eine Art Alleinherrscher in Ostpreußen. Ihm half dabei, dass sich die vom Reich abgeschnittene Provinz leichter als andere Teile des Reiches kontrollieren ließ und dass der äußerste Nordosten Deutschlands

---

<sup>13</sup> HORST GIES, R. Walter Darré und die nationalsozialistische Bauernpolitik in den Jahren 1930 bis 1933, Frankfurt 1966, S. 73–75; WOLFRAM PYTA, Dorfgemeinschaft und Parteipolitik 1918–1933, Düsseldorf 1996, S. 368.

<sup>14</sup> KURT G. A. JESERICH, Hans Lohmeyer (1881–1968), in: *Persönlichkeiten der Verwaltung*, hg. v. DEMS. / HELMUT NEUHAUS, Stuttgart u. a. 1991, S. 380–384.

<sup>15</sup> Vgl. MEINDL, Ostpreußens Gauleiter, S. 150 f.

<sup>16</sup> WOLFGANG STELBINK, Der preußische Landrat im Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Personal- und Verwaltungspolitik auf Landkreisebene, Münster u. a. 1998, S. 34, 65.



sowohl in der Öffentlichkeit als auch in der Partei wenig Aufmerksamkeit erfuhr. Wie groß die Machtfülle Kochs war, zeigt sich ebenfalls in einer Äußerung Görings, der als immerhin zweitmächtigster Mann im Staat 1934 bekannte, er habe als preußischer Ministerpräsident keinerlei Einfluss auf das Geschehen in Ostpreußen.<sup>17</sup>

### Die „Neugestaltung“ Ostpreußens

Die Machtfülle und Gestaltungsmöglichkeiten des ostpreußischen Gauleiters erlaubten es ihm sogar, eine eigene ideologische Linie zu vertreten, die von Mitgliedern seines Beraterkreises formuliert wurde. Nicht die Rasse, die Landschaft prägte den Menschen, so hieß es da, und niemand solle glauben, ein besserer Mensch zu sein, nur weil er blond und blauäugig sei. Den „nordischen Protestantismus“ wollte Koch neben dem Nationalsozialismus als zweite Säule des neuen Reiches sehen. Er war zweifellos ein Antisemit, in seinen Reden sprach er jedoch nicht von der Vernichtung der Juden. Seine nach außen vertretene Haltung zu den Slawen war ebenfalls im Vergleich zu anderen NS-Führern wenig radikal. Bis 1939 sprach er weder vom Lebensraum im Osten noch von slawischen Untermenschen, sondern vom Aufbau eines Ständestaates und von Ostpreußen als Brücke in den Osten, als Zentrum einer Kooperation mit den skandinavischen, baltischen und slawischen Völkern.<sup>18</sup>

Diese Ideologie passte gut zur Situation in Ostpreußen, wo die evangelische Konfession fast überall die Identität der Menschen stärker bestimmte als in anderen Regionen des deutschen Reiches und wo es in fast jeder Familie polnische oder litauische Verwandte gab. Hier war man stolz darauf, dass aus autochthonen Pruzzen, zugewanderten Westfalen, Salzburger, Schotten, Slawen, Balten und anderen über die Jahrhunderte der Kulturraum Ostpreußen mit einer sehr eigenen Kultur zusammengewachsen war. Gleichfalls gehörte zum „Nationalnarrativ“ der Provinz, dass die ostpreußische Landschaft eine besondere Prägekraft aufweisen

---

<sup>17</sup> Bundesarchiv (hiernach: BA) Berlin, R 43 I/1860, Bl. 26, Darré an Lammers, 24. Lenzing (März) 1934; DIETER REBENTISCH, *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939–1945*, Stuttgart 1989, S. 263.

<sup>18</sup> ERICH KOCH, *Aufbau im Osten*, Breslau 1934; DERS., *Die NSDAP. Idee, Führer und Partei*, Leipzig 1933; DERS., *Ostpreußens politische Brückenlage*, in: *Volk und Reich*, 1934, H. 10, S. 754–756; DERS., *Ostpreußens Stellung im osteuropäischen Raum*, in: *Nationalsozialistische Monatshefte*, 1934, H. 5, S. 882–886.



würde.<sup>19</sup> Das Postulat der Rassereinheit war hier hingegen eher dazu geeignet, die Menschen zu irritieren.

Die Vielfalt ideologischer Facetten innerhalb der NSDAP wurde mit der Konsolidierung und Zentralisierung des NS-Regimes indes immer weiter reduziert. Sie war im neuen Führerstaat nicht mehr opportun. Auch Koch musste seinen ideologischen Sonderweg seit 1934/35 im Zuge der Verschärfung der Kirchenpolitik und dem Aufstieg von SS-Führer Himmler, der letztlich auch mit einer stärkeren Kontrolle ideologischer Aussagen einherging, zunehmend einschränken. Im politischen Alltag führte er in Ostpreußen aber dennoch eine erstaunlich eigenständige Politik. Kochs vergleichsweise große politische Handlungsfreiheit beruhte auf seinen Erfolgen in der Arbeitsbeschaffungs- und Wirtschaftspolitik, angefangen mit der ostpreußischen „Arbeitsschlacht“ 1933. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war das Thema, an dem sich seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise jede Regierung messen lassen musste, auch die von Adolf Hitler. Diesen Umstand versuchte Erich Koch für sich zu nutzen. Bereits am Tag nach der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, am 31. Januar 1933, erschien der ostpreußische Gauleiter mit einem seiner Berater in der Reichskanzlei, um die in seinem Beraterkreis entwickelten Pläne „zur Entschuldung und Neubau der deutschen Wirtschaft“ als Patentrezept für das gesamte Deutsche Reich zu präsentieren.<sup>20</sup>

Mehr als ein Schuldenmoratorium für die Landwirtschaft erreichte er an diesem Tag nicht. Alle weiteren Maßnahmen mussten warten, bis zum einen sich im Juni das Wetter für arbeitsintensive Projekte in Landwirtschaft und Straßenbau günstiger gestaltete und zum anderen sowohl die Spitze des Reichswirtschaftsministeriums als auch die politische Führung der Provinz Ostpreußen fest in nationalsozialistischer Hand waren und alle Erfolge ausschließlich der Staatspartei zugeschrieben werden konnten. Dann aber wurden Ostpreußen und sein Gauleiter ins Zentrum der als Triumphzug inszenierten Propaganda zur Arbeitsbeschaffung gestellt – so sehr, dass andere Gauleiter sich beim Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Joseph Goebbels beschwerten, es solle nicht immer nur über Ostpreußen, sondern auch über ihre Erfolge berichtet werden.<sup>21</sup>

---

<sup>19</sup> Vgl. ROBERT TRABA, *Ostpreußen – die Konstruktion einer deutschen Provinz. Eine Studie zur regionalen und nationalen Identität 1914–1933*, Osnabrück 2010.

<sup>20</sup> DAN P. SILVERMAN, *Hitler's Economy. Nazi Work Creation Programs, 1933–1936*, Cambridge (Mass.) / London 1998, S. VII, 69 f., 96.

<sup>21</sup> NS-Pressenanweisungen der Vorkriegszeit. Edition und Dokumentation, Bd. 1: 1933 (Mai bis Dezember), hg. v. HANS BOHRMANN, München 1984, S. 98, 11. August 1933.

Die „Erfolge“ in der Arbeitsbeschaffung entstanden zum Teil aus simplen, manchmal schon lange geplanten Maßnahmen in der lange vernachlässigten Infrastruktur Ostpreußens wie dem Straßenbau sowie Meliorationen in der Landwirtschaft. Häufig beruhten sie auf Zwang, in dem Arbeitslose in Arbeitslager gepfercht oder zwangsweise auf Bauernhöfen einquartiert wurden, selbst wenn es dort keine Arbeit für sie gab.<sup>22</sup> Somit waren sie aus der Statistik verschwunden. Mit solchen Methoden gelang es nicht, die Arbeitslosigkeit vollständig zu beseitigen; in der Propaganda wurde aber genau dieser Anschein erweckt. Andererseits erwiesen sich einige der so durchgeführten Projekte durchaus als sinnvoll oder sogar dringend notwendig, hatten in der Weimarer Republik jedoch wegen fehlender Mittel und rechtlicher Probleme nicht verwirklicht werden können. Die neuen Machthaber kümmerten aber weder Staatsverschuldung noch Eigentumsrechte oder dergleichen; sie setzten ungeachtet der Kosten auf propagandistisch wirksamen Aktivismus, der seinen Zweck auch tatsächlich erfüllte.

Die Arbeitsbeschaffung des Jahres 1933 war nur der erste Schritt einer groß angelegten Infrastrukturreform Ostpreußens. Die Pläne dazu, bezeichnenderweise unter dem Begriff Erich-Koch-Plan zusammengefasst, stammten aus dem Beraterkreis Kochs, der ähnliche Konzepte in älteren Institutionen wie dem Königsberger Institut für Ostdeutsche Wirtschaft kennengelernt und umgeformt hatte. Vorgesehen war nichts weniger als die vollständige Transformation der Provinz von einem Agrarland zu einem gemischtwirtschaftlichen Raum nach dem Vorbild Württembergs, in dem kleine Industriebetriebe für den lokalen Bedarf produzieren, aber auch lokale landwirtschaftliche Erzeugnisse für den „Export“ weiterverarbeiten sollten. Ein vergleichsweise modernes Konzept, das nichts mit der bauerntümelnden Ideologie des Reichsnährstandes gemein hatte. Durchgeführt wurde es von Kochs ostpreußischen Mitarbeitern, lediglich die Finanzierung kam aus Berlin. Dort wurden die benötigten Mittel gern bereitgestellt, da Ostpreußen als „Bollwerk des Deutschtums“ in jeder Weise verteidigt werden sollte, sowohl militärisch wie auch „volkstumspolitisch“. Der „deutsche Charakter“ der Provinz sollte durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und den daraus resultierenden Abwanderungsstopp der Deutschen gefördert werden.<sup>23</sup>

---

<sup>22</sup> SILVERMAN, *Hitler's Economy*, S. 70–79.

<sup>23</sup> FRIEDRICH RICHTER, *Industriepolitik im agrarischen Osten. Ein Beitrag zur Geschichte Ostpreußens zwischen den Weltkriegen*, Wiesbaden 1984; DERS., *Beiträge zur Industrie- und Handwerksgeschichte Ostpreußens 1919–1939*, Stuttgart 1988.

Heute kann nicht mehr entschieden werden, ob der Erich-Koch-Plan langfristig eine tragfähige Wirtschaft für Ostpreußen geschaffen hätte. Die Anfänge waren jedoch vielversprechend, allerdings wurden sie auch zu einem großen Teil von der Rüstungskonjunktur und damit der überbordenden Staatsverschuldung Hitler-Deutschlands getragen. Bei der Gründung, der Übernahme und dem Ausbau zahlreicher Betriebe wurden neben betriebs- und volkswirtschaftlichen Grundsätzen auch juristische verletzt. Koch und seine Planer setzten ihre gesamte Machtfülle ein, um für ihre Zwecke benötigte Grundstücke, Firmen und Rechte zu erlangen. Einige verkaufsunwillige Eigentümer sollen sich sogar im Irrenhaus wiedergefunden haben.<sup>24</sup>

Herausragender Akteur des „Wirtschaftsaufbaus“ in Ostpreußen war die Erich-Koch-Stiftung. Koch hatte sie gegründet, indem er die ostpreußischen NSDAP-Mitglieder um ihre Anteile an der regionalen Parteizeitung betrogen hatte. Es gelang ihm, sie durch Zukauf und Gründung immer neuer Betriebe zum größten Konzern Ostpreußens auszubauen. Zu ihr gehörten unter anderem mehrere Zeitungen, Papierfabriken, Landgüter, Siedlungsgesellschaften und eine Fischhandelskette.<sup>25</sup> Koch war der einzige Verfügungsberechtigte über die Mittel der Stiftung, und er setzte sie auch zur politischen Beziehungspflege ein, indem er zum Beispiel dem unersättlichen Kunstsammler Göring von der Stiftung finanzierte Gemälde schenkte. Ganz selbstverständlich nutzte er auch seine politische Macht zu Gunsten der Stiftung, etwa im Zuge der Angliederung des Memellands an das Deutsche Reich im März 1939. Für eine Zeitlang gestattete der Stifter in seiner Funktion als Überleitungskommissar der Erich-Koch-Stiftung als einzigem Akteur, in diesem Gebiet wirtschaftlich aktiv zu werden und sich die wertvollsten Firmen einzuverleiben.<sup>26</sup>

Selbst noch Jahrzehnte nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur strichen viele Beobachter den Wirtschaftsaufschwung der Jahre 1933 bis 1939 heraus, ohne auf dessen mehr als dubiose Grundlagen einzugehen. Diese Sicht herrschte auch bei den Zeitgenossen vor, die vor allem wahrnahmen, dass die einstige Krisenprovinz jetzt plötzlich als Wirtschaftschampion gefeiert wurde. Ganz im Sinne des Führerprinzips wurden die Meriten für diese Erfolge einzig Gauleiter Koch zugeschrie-

---

<sup>24</sup> Ebd.

<sup>25</sup> CHRISTIAN ROHRER, *Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen*, München 2006, S. 277–280, 401–450.

<sup>26</sup> GERHARD WILLOWEIT, *Die Wirtschaftsgeschichte des Memelgebiets*, Marburg 1968, S. 636, 651 f., 798–800.

ben, der sich so einen veritablen Ruf als Wirtschafts- und Osteuropaexperte erwarb. Der Wirtschaftsaufschwung in Ostpreußen förderte seine Beliebtheit in der Bevölkerung. Auch in der NS-Elite genoss er hohes Ansehen, insbesondere bei Hitler und Göring. Hitler hegte persönlich wohl keine besonderen Sympathien für den proletarischen Straßer-Anhänger Koch, aber er hielt ihn für einen jener von ihm so hoch geschätzten „Tatmenschen“, die jede Herausforderung ohne Zaudern angingen und mit bestem Erfolg meisterten. Diesem Funktionärs-Typus übertrug er bevorzugt schwierige und bedeutende Aufgaben. Göring und Koch verband hingegen eine Freundschaft, die sich auch aus dem gemeinsamen Interesse an wirtschaftlichen Aktivitäten speiste.<sup>27</sup>

### Germanisierung als Machtkampf

Bis zum Jahr 1939 hatte sich Koch zu einem der erfolgreichsten, mächtigsten und populärsten Gauleiter emporgearbeitet, der im Ruf stand, ein tatkräftiger Wirtschafts- und Ostexperte zu sein. Vor diesem Hintergrund erscheint es naheliegend, dass ihm nach dem Sieg über Polen ein Teil der Beute anvertraut wurde. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Eroberung und Aufteilung Polens 1939 keinesfalls Ergebnis eines langfristigen Planungsprozesses war. Die Forderung nach „Lebensraum im Osten“ gehörte zwar zum Kern der nationalsozialistischen Idee, es existierte aber bis zum Kriegsbeginn keine zentrale Instanz, die Szenarien ausarbeitete, wo dieser Lebensraum genau zu finden sei, wie er gewonnen werden könne und welche Gestalt er besitzen solle. Die Expansionspolitik Hitler-Deutschlands hatte sich Schritt für Schritt entwickelt und eher an aktuell sich bietenden Gelegenheiten orientiert. Polen hatte lange Zeit sogar als möglicher „Juniorpartner“ bei einem Angriff auf die Sowjetunion gegolten. Allerdings war die junge Republik nicht bereit gewesen, sich den deutschen Vorstellungen anzupassen, so dass sie im September 1939 selbst zum Opfer der deutschen Aggression wurde.<sup>28</sup>

Das Schicksal des polnischen Staates verdeutlichte, dass die im Vorfeld des Krieges an Polen gestellten Forderungen wie die Rückgabe Danzigs oder ein exterritorialer Zugang zu Ostpreußen lediglich zur Verschlei-

---

<sup>27</sup> Vgl. Mieczysław Siemiński, Interview mit Erich Koch, 1986 (Transkription von Christian Rohrer), Manuskript im Besitz des Verfassers.

<sup>28</sup> IAN KERSHAW, Hitler, Bd. 2: 1936–1945, Stuttgart 2000, S. 224, 240–244, 273–320, 330 f.

rung der deutschen Aggression gedient hatten. Die Nationalsozialisten argumentierten, Polen habe durch die totale Niederlage aufgehört, zu existieren, weswegen die Sieger nach Gutdünken mit dem eroberten Territorium verfahren könnten. Sie stellten keineswegs die Ostgrenze des Deutschen Reichs von 1914 wieder her, sondern verschoben diese Grenze um bis zu 200 Kilometer nach Osten. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker konnte nicht zur Begründung dieser Annexion herangezogen werden, denn in den fraglichen Gebieten lebten fast keine Deutschen.<sup>29</sup>

Die Umwandlung der deutschen Besatzungsverwaltung in Polen von einer Militär- in eine zivile Institution und die Eingliederung umfangreicher Gebiete ins „Großdeutsche Reich“ ging auf eine Initiative des Danziger Gauleiters Albert Forster zurück, die Koch sofort unterstützte. Forster beklagte bei Hitler den falschen Umgang der Militärs mit den eroberten Regionen und meinte damit das Fehlen einer ausreichenden „Germanisierung“. Um dies zu ändern schlug er die Einrichtung der „Reichsgaue“ Danzig-Westpreußen um Danzig und Wartheland bei Posen vor. Deren Gestalt veranschaulichte, dass die Bildung nationalsozialistischer Musterterritorien beabsichtigt war. Hier sollten Staat und Partei auf allen Ebenen Personalunionen bilden und so zum Vorbild für das Reich werden. Diesen Vorbildcharakter sollte auch die Bevölkerung erfüllen: Rein deutsche Menschen sollten die der nationalsozialistischen Bauernromantik nahekommenden Regionen auch wirtschaftlich und kulturell zu Mustergauen gestalten. Polen sollten hier allenfalls als Arbeitssklaven zu finden sein.<sup>30</sup> Die beiden Reichsgaue bildeten die Kernregionen der Siedlungsplanungen für den „Lebensraum im Osten“, die jetzt bei verschiedenen Institutionen entstanden. Der wichtigste für Um- und Ansiedlungen zuständige NS-Funktionär war der „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ Heinrich Himmler. Erst in diesen Projekten entstanden konkrete Konzepte für den seit Jahrzehnten geforderten „Lebensraum“.<sup>31</sup> Wie stark aber die Umsetzung von Planungen dieses zentralen Postulats des Nationalsozialismus von den jeweiligen örtlichen Macht-habern abhing, zeigt erneut das Beispiel Erich Kochs.

---

<sup>29</sup> CZESŁAW MADAJCZYK, *Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945*, Köln 1988, S. 209.

<sup>30</sup> DIETER SCHENK, *Hitlers Mann in Danzig. Albert Forster und die NS-Verbrechen in Danzig-Westpreußen*, Bonn 2000, S. 109–139, 161–167.

<sup>31</sup> ROBERT LEWIS KOEHL, *RKFDV: German Resettlement and Population Policy 1939–1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germanism*, Cambridge 1957.

Der vom Deutschen Reich besetzt gehaltene Teil Polens umfasste nicht nur die beiden Reichsgaue. Daneben entstand mit dem „Generalgouvernement“ noch eine Art Abschiebeplatz für „rassisch unerwünschte Elemente“, also für Polen und Juden. Oberschlesien wurde um beträchtlich mehr als die 1921 an Polen abgetretenen Gebiete erweitert. Ostpreußen musste den erst infolge des Versailler Vertrags erhaltenen Regierungsbezirk Westpreußen mit der Industrie- und Hafenstadt Elbing und der symbolträchtigen Marienburg an Danzig-Westpreußen abtreten. Mit Soldau (Działdowo) erhielt es einen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt zurück, der 1920 an Polen gefallen war. Suwałki hingegen wurde dank der Grenzziehung des Hitler-Stalin-Paktes ostpreußisch, obwohl es kaum deutsche Einwohner vorzuweisen hatte. Als Kompensation für Westpreußen taugten diese Flickenteile kaum, und schon gar nicht als Ausgleich für die Vorzugsbehandlung, die Ostpreußen aufgrund seiner Insellage vom Deutschen Reich bis 1939 erfahren hatte. Diese Funktion erhielt vielmehr der neue vierte Regierungsbezirk Ostpreußens, Zichenau. Gemeint war damit der Teil Masowiens zwischen der Südgrenze Ostpreußens und Warschau, dessen Fläche fast einem Drittel der Fläche Altostpreußens entsprach. Seinen Namen erhielt er von der zentral gelegenen Kleinstadt Ciechanów, eingedeutscht Zichenau.<sup>32</sup>



Abb. 2: Erich Koch auf dem Bahnhof Zichenau. Kochs Gesicht ist zwischen der 2. und 3. stehenden Person von links zu erkennen (undatiert, wahrscheinlich 1939 oder 1940).

<sup>32</sup> MARTIN BROZAT, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945*, Stuttgart 1961, S. 26–35.

Historische Gründe für die Eingliederung dieser Region in die Provinz Ostpreußen existierten nicht. Sie hatte lediglich nach der Dritten Teilung Polen-Litauens (1795) zwölf Jahre lang zu Preußen gehört, und hier lebten kaum 15.000 Deutsche. Wirtschaftlich bedeutsam war Kochs neues Lehen auch nicht, anders als die Region um Elbing. Es gab keine nennenswerte Industrie, die Landwirtschaft wurde von kleinen Bauernhöfen dominiert. Eine Neugestaltung ähnlich derjenigen in Altostpreußen hätte erhebliche Investitionen erfordert. In Kochs Stab wurden deshalb Klagen laut, man habe den „elendsten Bezirks“ Polens zugesprochen bekommen.<sup>33</sup>

Koch hatte sich allerdings als erster Gauleiter der Initiative Forsters angeschlossen, Polen aufzuteilen, und dabei vehement auf seinen Anteil an der „Beute“ gedrängt. Kompensation für den Gebietsverlust war dabei nur einer seiner Beweggründe. Er wusste, dass er, wollte er auch in Zukunft zur NS-Spitze gehören, auch jetzt mit von der Partie sein musste, wenn eines der zentralen Ziele des Regimes, die Expansion in den Osten, verwirklicht wurde. Die Ausweitung Ostpreußens eröffnete ihm zudem zusätzliche Möglichkeiten für seine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die er sogar ideologisch verbrämen konnte. Im landwirtschaftlich geprägten Ostpreußen fehlten immer noch Arbeitsplätze und längst nicht alle Bauernsöhne erbten den elterlichen Hof oder zumindest einen Teil davon.<sup>34</sup> Mit den Eroberungen konnte ein großer Teil von ihnen versorgt und damit Druck aus dem Kessel der sozialen Probleme genommen werden.

Die ideologische Komponente unter den Schlagworten „Neubildung deutschen Bauerntums“ und „Germanisierung des Ostens“ war Koch sicherlich weniger wichtig als die Aussicht, dass er mit diesen Zuweisungen als Wohltäter des einfachen Volkes auftreten konnte, der seinen Untertanen zu einer eigenen wirtschaftlichen Existenz verhelf. Außerdem sollte Zichenau die bisherigen Pläne für die Neugestaltung Ostpreußens erweitern, ergänzen und in gewisser Weise zu einem Höhepunkt führen, da Kochs Planer die Region als *Tabula rasa* betrachteten. Anders als in Altostpreußen mussten sie hier kaum Rücksicht auf gewachsene Strukturen nehmen, sondern hätten – einen anderen Kriegsverlauf vorausgesetzt – ihre Planungen idealtypisch umsetzen und damit beweisen können, was sie zu leisten imstande waren.<sup>35</sup>

---

<sup>33</sup> Zitiert nach: Alltag in Ostpreußen 1940–1945. Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz 1940–1945, hg. v. CHRISTIAN TILITZKI, Leer 1991, S. 44.

<sup>34</sup> HARRY STOSSUN, Die Umsiedlung der Deutschen aus Litauen während des Zweiten Weltkrieges, Marburg 1993, S. 153.

<sup>35</sup> Vgl. WALTHER KIESER, Der Aufbau im Gebiet um Zichenau, Berlin 1942.



Die Neugestaltungspläne waren ausgesprochen radikal. In der Stadt Zichenau sollte beispielsweise außer einer historischen Kirche und der Burg die gesamte Bebauung abgerissen und durch neue „deutsche“ Bauten ersetzt werden.<sup>36</sup> In einigen Straßenzügen wurde dies umgesetzt, die Häuser stehen noch heute. Insgesamt scheiterte eine Neugestaltung Zichenaus aber daran, dass die deutschen Ressourcen aufgrund des Kriegsverlaufes anders eingesetzt werden mussten. Bezeichnend für diese Planungen ist, dass sie nicht von Reichsstellen wie beispielsweise dem für Ansiedlungen eigentlich zuständigen Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) durchgeführt wurden, sondern von Kochs Planungsbehörden.<sup>37</sup> Ihre bisher so erfolgreiche eigenständige Arbeit war ein Argument dafür, auch weiterhin unter eigener Regie zu arbeiten. Vor allem aber konnte Koch ein so großes persönliches politisches Gewicht in die Waagschale werfen, dass andere Akteure nicht in seinen Bereich einzudringen vermochten. Die großräumigen Planungen des RKF behinderte dies nur bedingt. Die Lage war noch nicht sehr gefestigt und Koch wollte schließlich ebenfalls germanisieren, da sollten, so musste es für den RKF aussehen, pragmatische Übereinkommen zwischen den Kontrahenten möglich sein.

Die Ansiedlung der ostpreußischen Bauernsöhne gehörte in diesen Komplex, die jedoch nicht erfolgen konnte, solange sich die jungen Männer noch an der Front befanden. RKF Himmler reklamierte unterdessen die Zuständigkeit für diesen offensichtlich freien Siedlungsraum für sich. Koch gelang es aber, dessen Versuche, „Volksdeutsche“ aus dem Baltikum, vom Narew und aus der Ukraine anzusiedeln, abzuwehren und die Siedlerstellen für „seine“ Ostpreußen frei zu halten. Unterstützend dabei wirkte, dass Himmler eher zu wenige Siedler zur Verfügung standen, die er auch für die Besiedlung des Warthegaus benötigte. In Zichenau wurden lediglich in den Städten, für die Koch keine geeigneten Siedler aufbieten konnte, einige Deutsche aus dem Baltikum angesiedelt. Die Polen des Regierungsbezirktes Zichenau wurden dennoch vollständig enteignet – da Koch ihre Höfe jedoch noch nicht neu vergeben konnte, mussten sie ihr ehemaliges Eigentum als Zwangsarbeiter weiter bewirtschaften.<sup>38</sup>

---

<sup>36</sup> BA Bayreuth, Ost-Dok. 10/47, Bl. 29, Bericht Schaeffer; ARTHUR RECK, Städtebau im Deutschen Osten, in: *Die Baukunst* 4 (1941), 11, S. 220–230.

<sup>37</sup> Vgl. KIESER, *Der Aufbau*, S. 31; MICHAEL A. HARTENSTEIN, *Neue Dorflandschaften. Nationalsozialistische Siedlungsplanung in den „eingegliederten Ostgebieten“ 1939 bis 1944*, Berlin 1998, S. 42–77, 241, 253–257, 274–285, 300–305.

<sup>38</sup> Ebd., S. 42 f., 212–222; BA Bayreuth, Ost-Dok. 8/616, 8/621, 8/633.

Einem schwächeren NS-Funktionär wäre es sicherlich nicht gelungen, Himmlers Wünsche abzuschlagen. Dies wird insbesondere bei einem Vergleich der Politik in Zichenau mit der in den beiden Reichsgauen Danzig-Westpreußen und Wartheland deutlich. Albert Forster hatte mit Verve darauf gedrängt, aus Danzig die Hauptstadt eines großen Mustergaues zu bilden, der weit über die Grenzen der alten preußischen Provinz Westpreußen hinausreichte. Zudem wollte er als erster Gauleiter melden, dass sein Gebiet juden- und polenfrei sei.<sup>39</sup> Dazu hätte er mit RKF Himmler zusammenarbeiten können, doch wollte er ähnlich wie Koch die Macht in seinem Gau nicht mit dem Reichsführer SS teilen. Deshalb ließ auch er die Germanisierungsmaßnahmen weitgehend selbst durchführen. Rassenkundliche Untersuchungen waren ihm nicht wichtig, es genügte, wenn die Bewohner seines Gaues sich in die Deutsche Volksliste eintrugen und damit zu Deutschen wurden. Dadurch wurden auch zehntausende Polen, die sich nie als Deutsche exponiert hatten, gegen ihren Willen zu Deutschen deklariert, was ihnen allerdings half, die deutsche Besatzung zu überleben.

Ganz anders agierte Arthur Greiser, der Reichsstatthalter für den Warthegau. Auch er wollte einen juden- und polenfreien Mustergau schaffen, verfügte im Wartheland aber nicht über einen größeren, über längere Zeit gewachsenen Stab. Da ihm das Personal für größere Aktionen fehlte, kooperierte er eng mit der SS und akzeptierte deren Vorstellungen von der Germanisierung des Raumes um Posen. Die Bewertungskategorien der Deutschen Volksliste wurden streng beachtet, über eine halbe Million Polen wurde ins Generalgouvernement abgeschoben und durch „Volksdeutsche“ aus dem Baltikum und anderen Regionen ersetzt.<sup>40</sup>

Koch steuerte einen Kurs zwischen Forster und Greiser. Wie im Warthegau sollten die Polen auch in seinem Machtbereich letztlich ausgewiesen werden, doch wollte Koch wie in Danzig-Westpreußen ohne die SS regieren können und nur sehr wenige „Volksdeutsche“ aufnehmen.<sup>41</sup> Sein neues Reich bevorzugte er mit Siedlern aus dem „Altgau“ zu „germanisieren“ und somit eine Möglichkeit zu nutzen, über die seine Kollegen nicht verfügten.

---

<sup>39</sup> SCHENK, Hitlers Mann, S. 12, 206–219.

<sup>40</sup> CZESŁAW ŁUCZAK, Arthur Greiser, Poznań 1997; SCHENK, Hitlers Mann, S. 141, 166 f., 205–229, 233; KERSHAW, Hitler 1936–1945, S. 347 f., 426; KOEHL, RKFDV, S. 62, 73, 121, 140, 195.

<sup>41</sup> STOSSUN, Die Umsiedlung, S. 106, 118, 149 f.

Die Unterschiede in der Siedlungspolitik der drei Gaue zeigen, wie stark auch zentrale Politikfelder im nationalsozialistisch beherrschten Deutschland von regionalen Instanzen bestimmt werden konnten. Die Gauleiter nahmen hier sehr starken Einfluss darauf, wie sich zwei der zentralen Kernelemente des Nationalsozialismus, die Ostexpansion und die Rassenpolitik, gestalten ließen. Sie entschieden mit, was mit der bisherigen Bevölkerung der eroberten Gebiete geschah, und gestalteten sogar die Kriterien mit, wer in ihrem Terrain als Deutscher galt und wer nicht. Es wäre allerdings übertrieben zu behaupten, dass die Politik des „Dritten Reiches“ in erster Linie von regionalen Instanzen bestimmt worden wäre. Die Vielfalt der Politiken verweist vielmehr auf das vielleicht wichtigste Strukturelement des Nationalsozialismus, das angesprochene „dem Führer entgegenarbeiten“. <sup>42</sup> Mehrere Unterführer erhielten einen ähnlichen, eventuell sogar den gleichen Auftrag, in diesem Fall die Germanisierung der eroberten und ins Reich eingegliederten polnischen Gebiete vorzunehmen. Ihnen war bekannt, in welchem Rahmen sich die Ausführung dieses Auftrages bewegen sollte, insbesondere aus Hitlers Äußerungen zum Lebensraum im Osten. Die diese aber unkonkret und zum Teil widersprüchlich waren, und „der Führer“ auch nach der Machtergreifung keine detaillierten Anweisungen zur Organisation der „Germanisierung“ gegeben hatte, konnten die beauftragten Unterführer einen relativ großen Handlungsspielraum nutzen. Indem sie dabei ihren eigenen Vorstellungen folgten, konnte Hitler im Konfliktfall unter mehreren Varianten auswählen. <sup>43</sup>

Da die Kompetenzbereiche der Gauleiter sich untereinander nicht überschneiden, konnten sie nur mit Himmler in Konflikt geraten, da der RKF für die Siedlungspolitik in allen besetzten Territorien zuständig war. Zu einer Führerentscheidung über die „Germanisierung der eingegliederten Ostgebiete“ kam es letztlich nicht. Der Angriff auf die Sowjetunion und die damit einhergehende Ausweitung der nationalsozialistischen Lebensraumplanungen nahm den Auseinandersetzungen zwischen dem RKF und den Gauleitern die Schärfe, bis schließlich die Kriegswende alle weiteren Überlegungen obsolet werden ließ. Deshalb bestanden bis Kriegsende unterschiedliche Konzepte nebeneinander fort, ohne dass es zu einer verbindlichen Entscheidung kam.

---

<sup>42</sup> Vgl. Anm. 1 in diesem Beitrag.

<sup>43</sup> Vgl. KERSHAW, Hitler 1889–1936, S. 634, 666 f.; Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42, hg. v. PETER WITTE u. a., Hamburg 1999, S. 49 f.; ROBERT LEWIS KOEHL, The Black Corps, Madison 1983, S. 164 f., 178–181.

## Der „Ostpreußenführer“ zwischen Eigensinn und Anpassung

Die ostpreußische Propaganda hatte seit 1933 alle Auftritte und Aktivitäten Kochs genutzt, um den Gauleiter als Ostpreußen-Führer aufzubauen. So wie Hitler deutschlandweit, wurde Koch in Ostpreußen als die zentrale Figur gefeiert, von der im „Maßnahmenstaat“ (Fraenkel) alles ausging.<sup>44</sup> In der Propaganda zur „Kolonisierung“ Zichenaus erhielt Koch eine weitere Rolle. Die „Erweiterung der Provinz“ wurde als Fortsetzung des Erich-Koch-Plans für Ostpreußen dargestellt, und der Gauleiter als zentraler Protagonist der Neulandgewinnung. Dennoch zeigen die zeitgenössischen Fachaufsätze, Zeitungsartikel und Reden zu Zichenau deutlich, dass sich die Strukturen des Nationalsozialismus und damit auch die Freiräume für die einzelnen NS-Funktionäre im Vergleich zur ersten Hälfte der 1930er Jahre verschoben hatten.<sup>45</sup> Koch erschien jetzt nicht mehr als alleiniger Schöpfer und „Macher“ aller Projekte, vielmehr wurde betont, dass er der regionale Arm sei, der die Pläne des „Führers“ Adolf Hitler umsetze. Der „Führerstaat“ hatte sich mittlerweile soweit gefestigt, dass es selbst sehr mächtigen Angehörigen der NS-Führung nicht mehr möglich war, ihre Politik ohne Verweis auf „den Führer“ zu beschreiben. Koch hatte dies während mehrerer Auseinandersetzungen in den 1930er Jahren zu spüren bekommen und seine Konsequenzen daraus gezogen. Den ideologischen Sonderweg der ostpreußischen NSDAP hatte er aufgrund starken Drucks aus Parteiführung und SS schon 1935 verlassen und sich stärker Hitlers Rassenideologie angenähert. In Zichenau verband er nicht nur die Außendarstellung seiner eigenen Politik eng mit dem Namen Hitler, sondern auch deren Inhalte mit Hitlers ideologischen Vorstellungen.

Koch näherte sich in seiner Rhetorik immer stärker an Hitler an. Antislawische Klischees, die bis 1939 nicht von ihm zu hören gewesen waren, gerieten nun zu Kochs Standardvokabular. Dazu gehörte insbesondere die These, die Deutschen besäßen das Recht zur Landnahme, da

---

<sup>44</sup> Zu Fraenkels Charakterisierung des NS-Staates einführend: MICHAEL WILDT, Die Transformation des Ausnahmezustands. Ernst Fraenkels Analyse der NS-Herrschaft und ihre politische Aktualität, in: 50 Klassiker der Zeitgeschichte, hg. v. JÜRGEN DANYEL u. a., Göttingen 2007, S. 19–23, auch online zugänglich bei Docupedia-Zeitgeschichte, 1.06.2011, [http://docupedia.de/zg/Fraenkel.2C\\_Der\\_Doppelstaat](http://docupedia.de/zg/Fraenkel.2C_Der_Doppelstaat) (Zugriff: 10. Oktober 2020).

<sup>45</sup> Vgl. ERNST KEIT, Bibliographie zur Landeskunde der zum Regierungsbezirk Zichenau, Kreis Sudauen, Kreis Leipe und Rippin gehörenden ost- und westpreußischen Gebiete für die Jahre 1939–41 nebst Nachträgen, in: *Altpreussische Forschungen* 18 (1941), S. 325–363; *Preussische Zeitung*, 14. August 1941 (Nr. 224); 18. November 1941 (Nr. 320); 30. November 1941 (Nr. 332); 14. März 1942 (Nr. 72).



Abb. 3: Beitrag Erich Kochs im Schulungsbrief über die an Ostpreußen angegliederten Gebiete.



die Polen das einst von Deutschen zur Blüte gebrachte Land „verlottern“ ließen.<sup>46</sup> Diese Argumentation war eines der zentralen Rechtfertigungsmuster für das deutsche Vorgehen im Osten. Kochs Reden und Publikationen waren in diesem Punkt also keineswegs originell. Er und seine Planer gingen wie die radikalsten nationalsozialistischen Siedlungsplaner davon aus, dass sie mit Zichenau ein Territorium zur Verfügung hatten, in dem sie ohne Rücksicht auf die dortigen Einwohner radikale Neugestaltung betreiben könnten. Diese Vorgehensweise widersprach Kochs bisherigen Aussagen, zu Menschen Brücken bauen und mit ihnen kooperieren zu wollen, entsprach aber der jetzt offen praktizierten Politik des „Großdeutschen Reiches“.<sup>47</sup> Dies ist insofern bemerkenswert, als mit Kriegsbeginn keineswegs alle bisherigen Überlegungen innerhalb der NS-Spitze zur Zusammenarbeit mit einzelnen „Völkern des Ostens“ verworfen wurden. Vor allem der Reichsleiter und spätere Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Alfred Rosenberg, ging weiter davon aus, dass Balten, Ukrainer, Krimtataren, Kaukasier und andere natürliche Verbündete im Kampf gegen den Bolschewismus und die „Großrussen“ seien und dementsprechend behandelt werden sollten.<sup>48</sup>

Die Polen fanden in diesem Konzept keinen Platz. Spätestens mit dem Überfall auf Polen und dem Wüten der Einsatzgruppen stand fest, dass den Polen bei einer Neukonzeption Europas nur eine Rolle als Sklaven der Deutschen zukommen sollte. Diese Entwicklung ging auf die radikalsten Lebensraumplaner unter den NS-Führern wie Himmler zurück, die ihre Ansichten bei den Feldzugsplanungen gegen moderatere Funktionäre durchsetzen konnten. Koch schloss sich der radikalen Gruppe an, die in seinen Augen offenbar das Meiste zu bieten hatte.<sup>49</sup> Heute ist nicht mehr auszumachen, ob er dies aus einer lange gehegten und ebenso lange versteckten Überzeugung heraus tat, ob er aus Opportunismus bisherige proslawische Ansichten zurückstellte oder ob er keine gefestigten eigenen Überzeugungen besaß und sich der jeweils vielversprechendsten Option

---

<sup>46</sup> ERICH KOCH, Ostpreussen ohne Korridor. Ausbau der Flankenstellung, in: *Das Reich*, 23. März 1941; DERS., Aufbau im neuen Ostpreußen, in: *Der Schulungsbrief*, 1941, H. 8, S. 39–41.

<sup>47</sup> Vgl. BROZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik, S. 118.

<sup>48</sup> Vgl. ERNST PIPER, Alfred Rosenberg, Hitlers Chefideologe, München 2005, S. 509–611.

<sup>49</sup> Vgl. HANS-BERND GISEVIUS, Bis zum bitteren Ende, Bd. 1: Vom Reichstagsbrand zur Fritsch-Krise, Hamburg 1947, S. 308 f.; OTTO BRÄUTIGAM, So hat es sich zugetragen..., Würzburg 1968, S. 369; Portrait eines Menschheitsverbrechers nach den hinterlassenen Memoiren des ehemaligen Reichsministers Alfred Rosenberg, hg. v. SERGE LANG / ERNST VON SCHENCK, St. Gallen 1947, S. 310.

anschluss. Koch hatte bis 1935/36 einen verhältnismäßig eigenständigen Kurs verfolgt. Der dann folgende Wandel und die Energie, mit der er seine inhumane Politik ab 1939 vorantrieb, lassen indes vermuten, dass er nicht nur die Machtmechanismen des Nationalsozialismus verstanden und verinnerlicht hatte und sich deshalb möglichst radikal gebärdete. Er hatte sich darüber hinaus die radikalen Positionen, mit denen er bei Hitler erfolgreich sein konnte, zu eigen gemacht und war deshalb bereit, sie gegen alle Widerstände durchzusetzen.

Koch gehörte zu denjenigen, die die Radikalisierung der deutschen Expansions- und Besatzungspolitik prägten, in ihrem Machtbereich praktizierten und damit Hitler zu verstehen gaben, dass der deutschen Macht keine Grenzen gesetzt seien und selbst seine kühnsten Träume von der völligen Neugestaltung eines „germanischen Ostens“ verwirklicht werden könnten. Auf diese Weise bereiteten sie den Grund für die noch monströsere Besatzungspolitik in der Sowjetunion – bei der Koch als „Reichskommissar für die Ukraine“ und entschlossenster Gegenspieler Rosenbergs an führender Stelle mitwirkte.<sup>50</sup> Koch war damit einer der Protagonisten, welche die Radikalisierung der deutschen Besatzungsherrschaft zu einer nahezu ausschließlich von Ausbeutung und Genozid gekennzeichneten Politik ausformten. Zichenau war eine Stufe auf diesem Weg.

Bemerkenswert ist auch, dass Koch mit aller Brutalität und unter Missachtung jeglicher Rechtsnormen und Menschlichkeit regierte, obwohl Zichenau offiziell als Reichsgebiet galt und in den Planungen als Erweiterung der alten Provinz Ostpreußen gesehen wurde. Auf den Anschein der Legalität, den die Nationalsozialisten so oft wahrten, wurde hier kaum geachtet. Kochs Vorgehen wirkt aus der Rückschau so, als sei Zichenau ein Experimentierfeld für seine späteren „Satrapien“ im Bezirk Bialystok oder der Ukraine gewesen. Dies gilt selbst für die Auseinandersetzungen mit Ministerien, die Koch nominell vorgesetzt waren. Obwohl Zichenau offiziell zum Deutschen Reich gehörte, galten hier doch andere rechtliche Regelungen. Koch konnte in dieser Region also noch uneingeschränkter regieren als in Ostpreußen. Die Kommunikation zwischen den regionalen Verwaltungen und Berlin lief ausschließlich über seine Dienststelle als Oberpräsident und Gauleiter. Außerdem setzte Koch gegen den

---

<sup>50</sup> Vgl. Ebd.; WERNER KOPPEN, Herbst 1941 im „Führerhauptquartier“. Berichte Werner Koeppens an seinen Minister Alfred Rosenberg, hg. v. MARTIN VOGT, Koblenz 2002; ALEXANDER DALLIN, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik, Düsseldorf 1958; GERALD REITLINGER, Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Rußland 1941–1944, Hamburg 1962.



Widerstand des Reichsinnenministeriums flächendeckend die Personalunion zwischen Kreisleiter und Landrat durch. Damit schuf er eine Art Muster für einen nationalsozialistischen Staatsaufbau.<sup>51</sup>

In Zichenau hätte deutsches Recht gelten müssen, das deutsche Justizsystem hätte auf den Regierungsbezirk ausgedehnt werden sollen. Koch verhinderte gegen den Widerstand des Reichsjustizministeriums, dass die Zichenauer Institutionen in den Instanzenzug des Ministeriums eingefügt wurden. Die Sondergesetze, denen die Bevölkerung unterworfen waren, wurden rigoros umgesetzt. Polen und Juden wurden quasi rechtlos, statt regulärer Gerichte urteilten Stand- und Sondergerichte.<sup>52</sup> Damit waren die bisherigen Bewohner der Region nur noch eine Manövriermasse, mit der nach Gutdünken verfahren werden konnte. Die Polen wurden völlig enteignet, ins Generalgouvernement wurden jedoch „nur“ 25.000 bis 40.000 Personen deportiert, da Koch ihre Arbeitskraft noch benötigte.<sup>53</sup> Koch stellte die „Germanisierung“ seines Bezirkes also hinter praktische Erwägungen zurück. Ähnliches galt für die Juden. Sie wurden in Ghettos eingesperrt und mussten ebenfalls Zwangsarbeit leisten. Anders als andere Gauleiter trieb Koch ihre Ermordung nicht aktiv voran, da er auch ihre Arbeitskraft nutzen wollte. Die Juden aus dem Regierungsbezirk Zichenau gehörten deshalb zu den letzten, die im Rahmen der „Aktion Reinhardt“ Ende 1942 ermordet wurden.<sup>54</sup> Koch genehmigte ihre Deportation erst, nachdem sie durch slawische Arbeitskräfte ersetzt worden waren. Ähnlich ging Koch auch im Bezirk Bialystok und der Ukraine vor.<sup>55</sup>

Sein Vorgehen gegenüber den Reichsstellen in Berlin wie sein Umgang mit Bewohnern und Gütern des Regierungsbezirks erwecken den Anschein, als behandelte Koch Zichenau wie sein persönliches Lehen. Besonders trat dies bei dem Umgang mit Grundstücken und Immobilien zu tage. Obwohl Grund und Boden erst nach Kriegsende rechtlich verbind-

<sup>51</sup> STELBRINK, *Der preußische Landrat*, S. 106–120.

<sup>52</sup> *Alltag in Ostpreußen 1940–1945*, S. 43 f.; MEINDL, *Ostpreußens Gauleiter*, S. 261–266.

<sup>53</sup> Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej w Warszawie [Archiv des Instituts für Nationales Gedenken, Warschau], GK 318/753, Bl. 1632–1657, Urteil, 9. März 1959.

<sup>54</sup> FRANK GOLCZEWSKI, *Polen*, in: *Dimension des Völkermords. Die Zahl der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus*, hg. v. WOLFGANG BENZ, München 1991, S. 411–498, hier S. 469, 481.

<sup>55</sup> [Nr.] 358: 21. Januar 1943, Bialystok (Białystok). – Auszug aus einem Schreiben des Stadtkommissars von Bialystok, Schwendowius, an den Oberpräsidenten Ostpreußen – Erich Koch, in: *Faschismus – Getto – Massenmord*, Berlin 1960, S. 448 f.; CHRISTIAN GERLACH, *Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944*, Hamburg 1999, S. 158, 729 f.

lich neue Eigentümer bekommen sollten, eignete er sich mit seiner Stiftung mehrere große und ertragreiche Landgüter an, die er auch zur Repräsentation benutzte. Auf seinem Schloss Krasne war unter anderem Reichsjägermeister Göring zu Besuch. Einige Gutshöfe schenkte Koch der SS beziehungsweise einzelnen SS-Führern, um diese für sich einzunehmen und die Auseinandersetzungen um die Siedlungspolitik und die Kommandogewalt über die Polizei zu entschärfen. Die wenigen Industriebetriebe der Region gingen ebenfalls fast vollzählig an die Erich-Koch-Stiftung, die damit endgültig zu einem Großkonzern aufstieg, der Koch neben der persönlichen Bereicherung auch als politisches Machtinstrument diente.<sup>56</sup>

### Zichenau – persönliches Projekt und Schritt im Machtkampf

Bis zum Frühjahr 1941 war naturgemäß nur ein Bruchteil der Planungen für Zichenau umgesetzt worden, für die Beobachter aus der Spitze des „Dritten Reiches“ musste aber der Eindruck entstanden sein, dass mit Koch ein extrem tatkräftiger, skrupelloser und im Dienste der „Germanisierung“ bedenken- und rücksichtsloser Gefolgsmann des „Führers“ agierte. Koch bestätigte damit nicht nur seinen Ruf aus den Friedensjahren, er zerstreute sogar die aufgrund seiner lange eigenständigen Politik entstandenen Zweifel daran, ob er denn tatsächlich so treu im Sinne des „Führers“ oder nur nach eigenen Vorstellungen arbeite. Damit empfahl er sich für weitere Aufgaben, die er schließlich auch erhielt: Koch wurde nach dem Überfall auf die Sowjetunion zum Reichskommissar für die Ukraine und zum Chef der Zivilverwaltung im Bezirk Bialystok ernannt. Zichenau stand nun nicht mehr im Fokus seiner Politik, sein Stellvertreter, Landrat Friedrich Brix, blieb aber eng an Kochs Weisungen gebunden.

Zichenau blieb das große Projekt Kochs zur Erweiterung „seiner“ Provinz Ostpreußen, es blieb sein „Lehen“, in dem er seine Planungen umsetzen konnte. Seine Herrschaft über die Ukraine besaß da anderen Charakter. Ausbeutung im Namen der Kriegführung, nicht Germanisierung und Aufbau lautete Kochs Maxime für dieses Territorium. Die Kriegslage und die Größe der Aufgabe in der Ukraine erforderten auch, dass er sie in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten stellte. In seinen neuen Funktionen führte Koch die menschenverachtende Politik aus Zichenau

---

<sup>56</sup> BA Berlin, R 49/130 und NS 19/1321; Berlin Document Center, SSHO 5217, Schriftverkehr, 1940–44.

fort, er steigerte sogar noch deren Brutalität.<sup>57</sup> Besonders in der Ukraine stieß er wie in Zichenau auf Widerstände verschiedener anderer deutscher Stellen. Vor allem sein nomineller Vorgesetzter, der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg, mahnte eine bessere Behandlung der Ukrainer an, die er ja als Verbündete gewinnen wollte. Aber auch viele Wehrmachtsoffiziere, zahlreiche Beamte aus Kochs eigenem Stab und sogar die SS-Führung drängten auf eine Änderung der Kochschen Politik.<sup>58</sup> Dieser konnte sich jedoch bei Hitler durchsetzen. Seine in Zichenau erprobte Taktik, den Reichskanzler von der Durchsetzbarkeit seiner radikalsten Vorstellungen zu überzeugen, funktionierte auch hier und zeitigte fürchterliche Folgen für die Menschen in seinem Machtbereich. Aufgrund dieser Verbrechen steht Kochs Herrschaft in Zichenau heute im Schatten seiner anderen Tätigkeitsbereiche.

Zichenau war für Koch allerdings nicht nur ein „Versuchsfeld“. Bevor ihm die Verwaltung und Umgestaltung des neuen Regierungsbezirks übertragen wurde, war Koch ein Politiker, der in einem eng umgrenzten Wirkungsbereich, der Provinz Ostpreußen agierte. Ohne Zichenau hätte Koch keinen Anlass und keine Gelegenheit besessen, sich auf eine viel weitreichendere politische Ebene zu begeben und eine eigene Vorstellung von Besatzungspolitik sowie die dazugehörige politische Methodik zu entwickeln. Die Übertragung Zichenaus an den Gauleiter stellte nicht nur eine territoriale Erweiterung seines Herrschaftsgebiets, sondern auch eine enorme Entgrenzung seiner Machtbefugnisse dar, die Koch rücksichtslos nutzte. Seine Interpretation der Neulandgewinnung im Osten führte bereits in den ersten zwanzig Monaten seiner Herrschaft in Zichenau zu einer umfassenden Radikalisierung und Brutalisierung seiner Politik, die Koch erst zu dem Politiker machte, als der er im Nachhinein gesehen wurde; in erheblichem Maße trug sie schließlich zur Radikalisierung der gesamten deutschen Besatzungspolitik bei.

---

<sup>57</sup> MICHAŁ GNATOWSKI, Nationalsozialistische Okkupationspolitik im „Bezirk Białystok“ 1941–1944, in: Białystok in Bielefeld. Nationalsozialistische Verbrechen vor dem Landgericht Bielefeld 1958 bis 1967, hg. v. FREIA ANDERS u. a., Bielefeld 2003, S. 161–185; KAREL C. BERKHOFF, *Harvest of Despair. Life and Death in the Ukraine under Nazi Rule*, Cambridge / London 2004.

<sup>58</sup> CHRISTIAN GERLACH, Die deutsche Agrarreform und die Bevölkerungspolitik in den besetzten sowjetischen Gebieten, in: *Besatzung und Bündnis. Deutsche Herrschaftsstrategien in Ost- und Südosteuropa*, Berlin / Göttingen 1995, S. 9–60, hier S. 13–15, 47.